MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 28. November 1925
Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Wert * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

64. Jahrgang
Nr. 561
28.11.a

Zum Tage.

Die Erklärungen des Kultusministers Dr. Becker über den Fall Schillings haben die Erregung der Oeffentlichkeit über die plötzliche Entlassung dieses bedeutenden Künstlers nicht vermindert. An sich kommt man vielleicht sagen, daß der Kultusminister im Hinblick auf seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Landtage und im Hinblick auf den Prozeß, den Herr v. Schillings angestrengt hat, bei dieser Pressebesprechung noch nicht alle Trümpfe des Ministeriums aus der Hand geben wollte. Der Prozeß ist indes, wie die einmütige Stellungnahme der öffentlichen Meinung von links bis rechts beweist, bereits in vollem Gange. Auch wurde der Minister durch Fragen genötigt, Dokumente und Vorgänge mitzuteilen, die er ursprünglich nicht berührt hatte. Den Teilnehmern an der Versammlung, deren sehr temperamentvoller Verlauf gelegentlich zu fast dramatischen Szenen führte, drängte sich der Eindruck auf, daß der Minister selbst an der unerquicklichen Zuspitzung der Situation wohl nur insoweit schuld ist, als er den Herren Kestenberg und Seelig, den Sachbearbeitern, offenbar viel zu freie Hand ließ. Nach der Darstellung des Ministeriums hat der zuständige Verwaltungsdirektor sich gewegert, die Abrechnung über das Holland-gastspiel vorzunehmen. Ebenso wird dem Intendanten v. Schillings der Vorwurf gemacht, mit seiner Gattin, Frau Kemp, einen Vertrag mit ungewöhnlich günstigen Bestimmungen für die Gastspiele abgeschlossen zu haben. Von der Gegenseite werden beide Darstellungen bestritten. Nehmen wir sie oder einen Augenblick als richtig an, dann erhebt sich doch die Frage, was denn das Ministerium, die vorgesetzte Behörde, getan und veranlaßt hat, als dieser Sachverhalt vorlag? Man sollte annehmen, daß eine persönliche Aussprache des Ministers mit dem Intendanten, von Mensch zu Mensch, sehr leicht hätte Klarheit schaffen können. Statt dessen ist die Verwaltungsmaschine in den beiden Herren Seelig und Kestenberg erwünschten Weise einfach weitergelaufen. Die Landtagsverhandlung und der Prozeß werden Gelegenheit geben, alle noch dunklen Punkte dieser bedauerlichen Angelegenheit vollkommen aufzuklären. Daß es aber dazu kommen mußte, ist sowohl im Interesse der Staatsautorität, wie des hervorragenden künstlerischen Instituts, um das es sich handelt, auf das tiefste zu beklagen. Auf beiden Seiten mögen Fehler gemacht worden sein. Man kann indes kaum bestreiten, daß die schweren Vorwürfe gegen das Ministerium bisher nicht entkräftet sind. Ob freilich der Sturm der Entrüstung, der Protestkundgebungen und mit offenbaren Fälschungen, wie der Kaiserloge, Minister Stresemann hätte die Sympathiekundgebung für Herrn v. Schillings ein Dinner veranstaltet, gedient wird, möchten wir füglich bezweifeln.

★

Morgen finden in Preußen die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen statt. Die Wahlkampfe in den Provinzen haben sich sehr geräuschlos, fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vollzogen. Das allgemeine Interesse an diesem Wahlgang scheint, wie auch die letzten Wahlen von 1921 gezeigt haben, noch geringer zu sein, zum Teil wohl als Folge der vor der Revolution herrschenden indirekten Wahlmethode, bei der die Abgeordneten der Provinziallandtage von den Gemeindevertretungen bestimmt wurden. Noch mehr aber ist die Zurückhaltung der Oeffentlichkeit auf die Verkennung zurückzuführen, die man den höheren Kommunalverbänden bisher entgegenbrachte. Und doch geben die bevorstehenden Wahlen zu Bedenken den groß aufgezogenen Landtagswahlen keineswegs viel nach. Wenn vor fünf Jahren die Kreis- und Provinziallandtage ausnahmslos einer ruhigen, rein sachlichen Arbeit gewidmet, so ist nach dem Kriege die Politik der Parteien in diese Körperschaften eingezogen. Für das Schicksal der Bevölkerung sind die in ihnen getroffenen Entscheidungen ungeheuer wichtig; greifen sie doch vielfach in das Leben des einzelnen stärker ein als die Tätigkeit des Landesparlaments. Darüber hinaus ist die parteipolitische Zusammensetzung des Kommunallandtages mitentscheidend für die hohe Staats- und Reichspolitik. So wird der Preußische Staatsrat aus den Vertretern der Provinziallandtage zusammengesetzt, während die preußischen Provinzialvertreter im Reichstag selbständig neben den Vertretern der einzelnen Länder, auch Preußens, Sitz und Stimme haben. Und schließlich: der politischen Erziehung des einzelnen, besonders aber der Volksvertreter, ist es bitter not, daß die ausgezeichnete Schule der deutschen Kommunalselbstverwaltung eine stärkere Beachtung als bisher finde. Die immanente Verwaltungsreform wird als eine der wichtigsten Aufgaben Preußens in den Kreis- und Provinziallandtagen die einflußreichste Unterstützung finden. Ihr Schicksal wird nicht zuletzt von dem Ergebnis dieser Wahl bestimmt, an der sich zu beteiligen Pflicht jedes preußischen Bürgers ist.

★

An der letzten Lesung über die Locarno-Vorlage hat sich, wie bereits früh gemeldet, die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin in Rede und Abstimmung beteiligt. Frau Zetkin ist als deutsche Abgeordnete gewählt worden und hat ihr Mandat behalten. Trotzdem hat sie es für richtig gehalten, ihren Aufenthalt bereits seit zwei Jahren in Moskau zu nehmen und es fast nur für einer der wichtigsten Entscheidungen des deutschen Volkes über die Grenzen unseres Reiches und die Schwelle des Parlaments zu kommen. Mag die Abhängigkeit der kommunistischen Partei von ihrer russischen Zentrale noch so groß sein; daß eine deutsche Abgeordnete jahrelang die deutsche Politik lediglich aus dem Ausland und von Strömungen des Auslandes heraus betrachtet, um dann plötzlich wieder in ihre Gesetzlichkeit aktiv einzugreifen, geht ohne Zweifel über die Grenzen parlamentarischer Pflichten hinaus. Es wäre daher vielleicht ein Gesetz nicht unangebracht, daß jahrelanges Fernbleiben sowie der Eintritt in den Dienst einer fremden Macht — Frau Zetkin hat im letzten Jahre im Kaukasus propagandahilfe für das Sowjetprogramm gewirkt — den Verlust parlamentarischer Rechte nach sich ziehen muß.

Unterzeichnung des Reichspräsidenten.

Das Locarno-Gesetz vom Reichsrat angenommen.

Der Reichspräsident wird heute die Unterzeichnung des gestern vom Reichstag angenommenen Locarno-Gesetzes vornehmen, wodurch das Gesetz nach Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt Rechtskraft erhält.

★

Vor der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten beschloß der Reichsrat in öffentlicher Vollsitzung mit 49 gegen 15 Stimmen, von dem Gesetz über die Zustimmung zu den Locarno-Verträgen und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben.

Gegen diesen Beschluß stimmten Oldenburg, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern und Mecklenburg-Schwerin.

Abreise der deutschen Delegation nach London.

Die deutsche Delegation fährt Sonntag abend nach London. Die genaue Zeit der Abfahrt ist bisher noch nicht bestimmt. Außer dem Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann nehmen an dem Unterzeichnungsakt Staatssekretär v. Schubert und Staatssekretär Pempner teil. Mit Rücksicht auf die infolge des Todes der Königinmutter Alexandra verfügte Beschränkung der ursprünglich geplanten Feierlichkeiten ist davon Abstand genommen, alle Herren, die als Mitglieder der deutschen Delegation an den Verhandlungen in Locarno teilgenommen haben, nach London zu schicken.

Gute Aussichten für Briand.

Parlamentarische und politische Beruhigung.

a. **Paris**, 28. 11. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Briand wird im allgemeinen im Prinzip als gebildet betrachtet. Die Veröffentlichung der endgültigen Ministerliste dürfte bereits heute vorzeitig erfolgen, „wenn nichts dazwischen kommt", wie sich Briand vorsichtig ausdrückte. Die Aufnahme, die das Kabinett in der großen Masse findet, ist gut, und vor allem ist festzustellen, daß sich bereits jetzt eine wohltuende Beruhigung in der parlamentarischen und politischen Lage bemerkbar macht. Dabei ist man sich dessen wohl bewußt, daß auch die Lebensdauer dieser Kombination, wie jene der Vorgänger, in erster Linie

von den Erfolgen des Finanzministers abhängen wird. „Wenn uns dieser", schreibt das Blatt der ernsten Industrieblätter, „nicht auf dem Abhang vorhält, auf dem wir uns Aufstieg gerutscht sind, so werden die Tage des Kabinetts gezählt sein."

„Die Konzentration wird vor allem eines Finanzerfolges bedürfen", schreibt Minister im „Figaro", „aber diese Aufgabe wird nicht leichtfallen, da auch die Genäßigten, nicht nur die Sozialisten, der Inflation feindlich sind und ihr eigenes Finanzprogramm haben." Die „Ere nouvelle", das Blatt der Radikalen, erwartet von dem neuen Ministerium vor allem Wahlreformen, d. h. die Zurückkehr zum Kreiswahlrecht, für das sich übrigens Briand im Laufe der gestrigen Verhandlungen ausgesprochen haben soll.

Die extrem nationalistische „Victoire" droht ihr Bedauern aus, daß das Ministerium Briand kein Ministerium der nationalen Konzentration ist. Die kommunistische „Humanité" zeigt sich ebenfalls nicht ausfallend gegen das Kabinett Briand und stellt nur fest, daß Briand wohl genügend Mitarbeiter, aber noch keinen Finanzminister gefunden hätte. Bedenken gegenüber der Bildung des Kabinetts Briand äußert der sozialistische „Populaire" und führt hierbei besonders die Schwierigkeiten, die sich gestern gegen Mitternacht in den Besprechungen Briands ergeben haben sollen.

Die Ministerliste,

die heute morgen als möglich vermutet wird, ist folgende:

Präsidium und Aeußeres: Briand,
Justiz: Chautemps,
Inneres: Paladier oder Marraud,
Finanzen: Doumergue,
Krieg: Painlevé,
Marine: Leygues,
Oeffentlicher Unterricht: Paladier oder Daniel Vincent,
Oeffentliche Arbeiten: De Monzie,
Handel: Chaumet oder Daniel Vincent,
Arbeitsministerium: Durafour.

Unterstaatssekretäre:
Unterstaatssekretär bei der Präsidentschaft: Laval,
Unterstaatssekretär für Finanzen: Morel,
Unterstaatssekretär im Kriegsministerium: Ostola,
Unterstaatssekretär für Luftfahrtwesen: Laurent Eynac.

Man erwartet, daß im Laufe des heutigen Nachmittags bereits der Wortlaut der Ministerliste an die Presse abgegeben werden wird, denn die Finanzkrise drängt stark. Briand dürftesich demnach den Parlamenten kaum vor kommenden Donnerstag vorstellen. Es er Sonntag unbedingt nach London abreist und bis Mittwoch abend vorzubereiten gedenkt, und zwar nicht nur um die Locarnoverträge zu unterzeichnen, sondern auch um

„wichtige Unterredungen mit den deutschen und englischen Ministern"

zu pflegen. Wie haben das Bevorstehen dieser Konversation bereits gemeldet und gesagt, daß es sich dabei um eine mündliche Aussprache über zweite Fragen der Unterzeichner der Locarnoverträge handeln solle, die auf diplomatischem Wege bisher noch nicht genügend erledigt worden sind. Französischerseits wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um weitere Ausführungen der Locarnoverträge zugunsten Deutschlands handelt.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Prags Stellung zu Locarno.

Deutsche Forderung: Locarno-Geist im Innern.

Prag, 28. 11. (Eigenbericht.)

Der Ständige Ausschuß der Nationalversammlung trat in unseitlicher, bei Außenministers Dr. Beneš in einer Sitzung zusammen, um die Ausführe über den Bericht des Außenministers, mehr er sich insbesondere über den Vertrag von Locarno äußert, fortzusetzen.

Dr. Spiegel (deutsch-demokratische Freiheitspartei) glaubt, daß die Tschechoslowakei die Verbindung zu Deutschland und Ungarn nicht unterbrechen dürfen, es müsse nicht nur herzlich, sondern freundschaftlich sein. Außenpolitik und Innenpolitik können miteinander zusammen. Noch immer bedrohen man

die Deutschen als Quantität nöglizgeahlt.

Noch immer laffe man den Deutschen ihre Rechte nicht zukommen.

Dr. Geck (Deutsch. Soz.) erklärt, es sei unzutreffend, wenn der Tschechoslowakei vorgeworfen, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei keinen Gleichberechtigungskampf führten, sondern einen Kampf um die Macht. Man brauche nur auf die 3 Zaunes deutscher Angestellten hinzuweisen, die erst seit kurzem, nachdem sie sich dem tschechoslowakischen Staat eine gewisse Zeitlang treu bewiesen haben, ihre Gehälter erhalten. Auch diese keine kann man ermessen, wie der Staat gestaltet wurde, wenn man den Deutschen gleiches Recht auf ihre kulturelle und nationale Entwicklung und volle Selbstverwaltung zugestanden wäre. Eine gütige Gesetzgebung habe sich jetzt vor Locarno als Wendepunkt bezeichnet werde.

Prof. Dr. Spina (Bund der Landwirte) meint, daß

die Ergebnisse der Wahlen

habe bewiesen, daß die Minderheiten vorhanden seien und sich sehr kräftig und nachdrücklich zum Leben gemeldet hätten. Bisher sei aber noch nichts getan, um merken, daß die Gleichstellung unter den tschechischen Staatsnationen ein ernstes Ziel der Regierung, den Geist von Locarno im Innern des Staates bei den Völkern zu bereiten.

Nachdem noch einige Abgeordnete gesprochen hatten, ergriff Minister des Aeußern Dr. Beneš das Wort. Er stellte zunächst fest, daß aus der Debatte folgender Schluß gezogen werden könne: Alle Regierungsparteien und eine Reihe oppositioneller Parteien haben sich für die Vereinbarungen von Locarno ausgesprochen. Die Sprecher der Opposition Dr. Czech, Dr. Spiegel und Dr. Spina hatten zwar erklärt, nicht für seine (des Ministers) Erklärungen stimmen zu können, sich aber für die Verträge, die am 1. Dezember in London unterzeichnet werden, ausgesprochen.

Weiter erklärte Dr. Beneš in seinen Ausführungen betreffs der

Abrüstungsfrage,

daß die Republik selbstverständlich ebenso aufrichtig gewillt sei, wie bisher die Friedenspolitik verfolgt habe, die Abrüstungspolitik verfolgen werde. Die Abrüstung müsse oder gemeinsam erfolgen.

Gegenüber dem deutschen Senator Dr. Spiegel legte der Minister betreffs Deutschlands fest, daß die tschechoslowakische Republik der erste Staat gewesen sei, der Deutschland die Klausel der Mitbegründung angeboten und gegeben habe, in einer Zeit, als es großes internationales Aufsehen erregte, daß ferner die Tschechoslowakei auf die finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile aus dem Verbleiben „Vertrag" verzichtet habe und daß schließlich die Republik als erste Sache eingetreten ist, daß Deutschland in den Völkerbund zugelassen werde, in einer Zeit, da andere dies als Konzession ansahen.

Zu den Bemerkungen betreffs Ungarns erklärte Dr. Beneš, die übereinstimmende Meinung der ungarischen öffentlichen Meinung sei sich der Tatsache bewußt, daß die Tschechoslowakei unter der neuen Situation rechnen müsse. Er habe niemals den Unterschied zwischen den politischen und moralischen Grenzen verbeinlichs. Es sei kein Zweifel, daß die Stabilität in Westeuropa immer größer als in Mittel- und Osteuropa war. Das hänge mit der hundertjährigen Entwicklung der Kultur und Zivilisation zusammen.

Gegenüber der Bemerkung, daß die phchisiche Renderung

viel wichtiger sei als 20 Pakte, bezeichnete der Minister solche einerseits als ein Element bei der Herausbildung der Sicherheit, andererseits gerade als den Ausdruck dieser neuen Phase. Es dürfe man die Verträge nicht unterschätzen. Der Einfluß der Locarno-Verträge sei groß in Europa und in Amerika.

„Auch bei uns", erklärt der Minister weiter, „muß eine neue Phase einsetzen."

Der Minister schloß die Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß Westeuropa, die neue Ära

sei, die Dort beginne man sich ausschließlich mit Fragen der Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in England und Frankreich. Das gelte auch von Mitteleuropa; auch diese konsolidierte sich. Es gelte diese Umstände ernchte er die Verträge von Locarno als einen bedeutenden Erfolg für ganz Europa.

Nach der Debatte wurde um ehn der Ständige Ausschuß die Erklärung des Ministers zur Kenntnis.

★

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

An der Tschechoslowakei werden in der nächsten Zeit im Dimiyer Direktionsbezirk 1.300 deutsche Eisenbahner abgebaut. 200 Arbeiter erhalten keine Pension, die anderen eine dürftige Abfertigung. **1902 deutsche Beamten sind bereits in Amtlicher Weise brutlos gemacht worden.**

Polen und Locarno.

Warschau, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Graf Alexander Skrzynski hat gestern abend seine Reise nach London angetreten. Der Auswärtige Ausschuß des Parlaments hielt eine zweitägige Sitzung für den Vertrag von Locarno ab, in der Skrzynski den Vertrag zur Annahme empfahl, da er den Frieden Europas für mindestens fünf oder gehn Jahre sichere. Skrzynski legte besonders Wert auf die Interpretation des Vertrages durch Chamberlain, nach der bei der Vertrag Polen volle Sicherheit gebe. Der Auswärtige Ausschuß beschloß trotz einiger Bedenken, die Ratifikation des Vertrages dem Parlament zu empfehlen.

Neue faszistische Angriffe gegen Wien

Drohungen mit der faszistischen Peitsche.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Von italienischer Seite liegen unerhörte Drohungen mit einer Besetzung Oesterreichs im Zusammenhang mit dem Tiroler und Wiener Protest gegen die Bedrohung Südtirols durch die Italiener vor. Der Sekretär Farbelino von der faszistischen Partei in Südtirol schreibt im „Piccolo Tirolo" anläßlich einer Besprechung der letzten Rede Mussolinis über die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich: „Es ist nicht nützlich, Worte gemacht werden, daß Rom die Mittel und die Kräfte hat, um aufzuräumen." Das Blatt beschimpft dann in unerhörten Worten den Abgeordneten Dr. Ellenbogen, der kürzlich im Wiener Parlament gegen die Methoden Mussolinis Protest eingelegt hat und fügt hierbei hinzu: „Dieses Gewäsch muß entweder mit Gold oder mit der Peitsche beendet werden. Italien hat kein Gold für solche Leute, die Peitsche ist vorrätig."

Oesterreich weiter unter Kontrolle.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Im Finanzausschuß des österreichischen Nationalrates ist gestern die Vorlage über die Verlängerung der Mandatsdauer des ausländischen Beamten bei der österreichischen Nationalbank erfolgt worden. In Erwiderung eines Angriffes des oppositionellen Abgeordneten Dr. Ofner und Bankpräsidenten Dr. Rauscher mit, daß die Regierung ein Finanzgesetzes des neuen Beraters über seinen Wirkungskreis nicht dulden würde. Ferner kündigte Ramek an, daß die Regierung in der bevorstehenden Genfer Völkerbundstagung mit konkreten Vorschlägen gehen werde.

Eine interessante Statistik.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Das Generalkommissariat des Völkerbundes hat Aufschlüsselungen über die Kapitalsumme der Staatsschulden, des Staatsschuldendienstes und der Rüstungslasten für eine Reihe von Staaten fertiggestellt. Nach dieser Aufstellung beträgt in Schweizer Franken gerechnet in Oesterreich bei einer Bevölkerung von 6½ Millionen die Kapitalsumme der Rüstungslasten 8 Millionen, die Kapitalsumme der Staatsschulden 275, Gesamtheit der Staatsschulden 275, in der Tschechoslowakei bei 13,8 Millionen Einwohner die Kapitalsumme der Rüstungslasten 25, des Schuldendienstes 22 (ohne amerikanischen Schuldendienst), Gesamtheit der Staatsschulden 265. In Ungarn beträgt bei 8,2 Millionen Einwohnern die Kapitalsumme der Rüstungslasten 9, des Schuldendienstes 7 und der Anteil an der Gesamtheit der Staatsschulden 156 Schweizer Franken.

Die Gouverneurin und ihr Mann.

New York, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Parlamentsmitglied von Texas wird in den nächsten Tagen eine Sonderfrage abhalten, die sich mit der Bestrafung des bekannten weiblichen Gouverneurs von Texas Mrs Ferguson befassen soll. Die Gouverneurin hat von dem Antrag der Abgeordneten, eine Sonderfrage einzuberufen, bisher keine Notiz genommen, worauf der Präsident der Kammer einfändigte, daß er die Sitzung selbst einberufen wird. Die Kammer wurde nicht zögern, die Gouverneurin zu bestrafen, wenn sich auch die Anklage mehr gegen ihren Mann als gegen sie selbst richtet. Sie ist nur zum Rahmen nach Gouverneurin, in Wirklichkeit aber halte ihr Mann die Zügel in der Hand, obgleich es vor wenigen Jahren von Texas Siedlung als Gouverneur abgesetzt worden war. Die Anklage richtet sich besonders dagegen, daß Mrs Ferguson von ihrem Begnadigungsrecht zu freigebig Gebrauch machte. Trotz des Schreiens des Parlamentes hat die Gouverneurin vorgestern wieder 105 Gefangene begnadigt. Seit Januar 1920 hat sie 1120 Gefangene begnadigt, darunter 27, die wegen des Mordes und Mordversuchs bestraft wurden.

Zur Aufklärung des U-Boot-Unterganges.

Stockholm, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Der Kapitän des Dampfers „Mentor" hat seinen Bericht über den Zusammenstoß im britischen Kanal vor zuständigen Schiffahrtsgericht eingereicht. Der Fall wird morgen verhandelt werden. In seinem Bericht stellt der Kapitän fest, daß bei dem Unglück keiner Schuld vorliegt, der Dampfer hatte Stärke 8. Der Tiefgang des Dampfers war 5,40 Meter vorn, 5,70 Meter hinten. Die Lotsen hatten Anweisungen, daß sie fest, daß man zwischen eine Minenexplosion annahm. Probestücke des Schiffsbodens mit den vorgefundenen Farbreisen sind der britischen Admiralität übersandt worden.

Ein Bagger auf See gekentert.

Ie Tonsig, 28. 11. (Eigenbericht.)

Bei den Hafenarbeiten im polnischen Hafen Gdingen in der Ostseebucht trug sich ein schwerer Unfall zu. Ein von einer dänischen Firma dort zu Baggerarbeiten benutzter Dampfbagger hatte eine Landladung nach Bremen mitgenommen, um sie vor abzuladen. Dabei ist auf unerklärliche Weise der Bagger zum Kentern gekommen, wobei der Steuermann und drei Matrosen dänischer Nationalität den Tod in den Fluten fanden und auch ein polnischer Kontrolleur ertrunken ist, der die Aufsicht über die Hafenarbeiten hat. Tod des Baggers konnten der Von verhängten Besatzung des Baggers konnten der Schlepper geretet werden.

Berlin, 28. 11. (Agence Havas/Athene). Die Nachrichten über die Ergebnisse der Unterschung und die Ursachen des Unglücks **der Bürgerkundskommission** über die Beraniwortlichkeit für den letzten **griechisch-bulgarischen Zwischenfall** sowie über die zu zahlende Entschädigung sind unrichtig. Schwebt hier wie in Sofia und Belgrad hat die Kommission erklärt, sie werde keinerlei Mitteilung über ihre Schlußfolgerungen bekannt machen, bevor sie diese den Völkerbund vorgelegt habe.

Belgrad, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.) Die Völkerbundskommission ist heute aus Sofia hier eingetroffen und will zwei Tage bleiben.

fr. Mailand, 28. 11. (Eigenbericht.)

Mit einem letzten Aufruf oder Rechenschaftsbericht verläßt heute der Senator Albertini zusammen mit seinem Bruder den „Corriere della Sera", nachdem er 25 Jahre an der Spitze des Blattes gestanden hat.

Vatikan gegen Einheitsgewerkschaft

Scharfe Sprache gegen Mussolinis Gesetzentwurf.

fr. Mailand, 28. 11. (Eigenbericht.)

Der „Osservatore Romano" das Blatt des Vatikans, wendet sich in einem Artikel gegen das neue Syndikatsgesetz und bestreitet dem Justizminister Rocco, daß auf katholischer Seite die Notwendigkeit bestehe, daß den katholischen Rechte erhält, übernommen sei. Es sichert vielmehr die Enzyklika Leos XIII. „Rerum novarum", daß die katholischen Gewerkschaften nicht nur die materiellen Interessen, sondern auch die geistigen der katholischen sozialen Weltanschauung gepflegt hatten. Dagegen werde jetzt für die katholischen Arbeiter durch das neue Gesetz die gewerkschaftliche Freiheit eingeschränkt.

Angora lehnt ab.

seh. Genf, 28. 11. (Eigenbericht.)

Eine heute eingetroffene Meldung aus Angora besagt, daß der türkische Ministerrat gestern den obligatorischen Schiedsspruch des Völkerbundes in der Mossulfrage ablehnte und den heute nach Genf abreisenden Kabinettsminister dementsprechend instruierte.

Kritische Lage in Kairo.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.)

Aus Kairo wird gemeldet, daß die Situation in Aegypten kritisch sei und mit der Demission Zivar Paschas gerechnet werden müsse. Wenn Zivar Pascha im Amte bleiben sollte, würde das dem offenen Kampf gegen die gesamte Opposition mit Gleichzeitigkeit seiner eigenen Bewegung gleichkommen. Zivar Pascha ist bereits zurück, er würde das das Generalkommando des Königs Fuad bedeuten, daß die verzögerte Aufteilung des Parlaments unaufhaltsam ist und leicht zurückgewiesen erfolgt wurde. Konta Fuad würde damit also in offene Kampfstellung gegen England treten.

Französische Verstärkungen in Syrien.

Beirut, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Offiziell wird mitgeteilt, daß Hadschin Tal Drusen bei Tschel-Zerka den Merich nach Hadschin verlassen haben. Die Verstärkungen waren durch Telegramm bereitgestellt. Den Zugel in Gaiel traufeiten Nachrichten zufolge, daß verstärkten ihre Stellung in Hadschin gegen das neue Operationen verbereitet werden. Eine Abteilung „Auftandscher" hat am 26. Oktober Damaskus—Aleppo eine Brücke gesprengt. Es scheint von den Drusen erbaut worden zu sein. In Beirut und in Tripolis sind gestern weitere Verstärkungen eingetroffen. Weitere Verstärkungen sind eingeschifft.

Japan sendet Truppen in die Mandschurei.

Tokio, 28. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die zuverlässig berichtet wird, hat die Regierung beschlossen, ein Regiment Verstärkung nach der Mandschurei zu senden, da Tschang Tsolin nicht mehr fähig sei, die japanischen Staatsangehörigen zu schützen. Das bedeute jedoch keine Abkehr von der japanischen Politik, sich nicht in China einzumischen. Der verantwortliche Leiter des Tschang Tsolin-Lins erregt hier lebhafte Besorgnis wegen der zweifelhaften japanischen Interessen, die in der Mandschurei investiert sind. Man befürchtet, daß die Vereinsgenommenheit gegen Tschang Tso-lin aus dem Gegner Mukdens auch einen Gegner Japans macht.

Der „Sieger von Wilna" wird Kriegsminister.

n. Warschau, 28. 11. (Eigenbericht.)

Die am Dienstag gebildete Eisenbahnpräsidenten vollzogene Ernennung des Generals Zeligowski zum Kriegsminister und zugleich zum Leiter des Ministeriums unter den Präsidenten der polnischen Republik bedeutet ein Programm für sich, da der Name Zeligowski verbunden ist mit der „Eroberung" des Wilnagebietes durch Polen. Zu gleicher Zeit wurde der Finanzminister Matrowicz von der Leitung des Kriegsministeriums entbunden.

Von den Polen abgebaute Eisenbahn.

op. Kolberg, 28. 11. (Eigenbericht.)

Die ehemalige deutsche Eisenbahnstrecke Bütow—Konitz wird auf polnischen Gebiet von den Polen von der deutschen Grenzstation Ziskow aus nach Bütow, Zanzkin und Konitz Schienen und Schwellen bis zum polnischen Kreisgericht Lippusch entfernt worden. Es ist damit die alte Verbindung Stolp—Bütow—Konitz zwischen den beiden Strecken Danzig—Stettin—Berlin und Dirschau—Sprendemühl—Berlin unterbrochen worden.

Empfang in der Berliner Botschaft der Sowjetunion.

Die Botschafter der U. S. S. R. Krestinski und Frau hatten aus Anlaß der Anwesenheit des Volkskommissars für Erziehungswesen Lunatscharski zu einem Abendempfang in den Räumen der Botschaft geladen. In großer Zahl waren Vertreter der wirtschaftlichen, künstlerischen und politischen Kreise Berlins der Einladung Folge geleistet. Reichstagspräsident Dr. Fuchs, der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Wolfroth und Geheimrat v. Dirksen vertreten. Von der Reichswehrleitung waren Ministerialdirektor Kiep und Geheimrat Jechlin anwesend.

kbg. Wien, 28. 11. (Eigenbericht.) **Im Ausschuß für Handel, Gewerbe und Verkehr des österreichisch-tschechischen Handelsvertrag** angenommen worden.

Ab Sonntag, den 29. November
sind unsere Fernsprechnummern
Amt Hasenheide 5979—5999
Verlag u. Schriftleitung der DAZ

Die Abfindung der Fürstenhäuser.

Von
Eduard Heilfron.

Die Demokratische Partei hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinanderlegung mit den früher regierenden Fürstenhäusern" eingebracht. Danach sollen die Länder ermächtigt sein, mit diesen Fürstenhäusern die Auseinandersetzung durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln und in gleicher Weise die Entschädigung für eine etwaige Enteignung festzusetzen. Zum Verständnis dieser Vorschläge ist auf Art. 153 der Reichsverfassung zurückzugehen. Danach ist Eigentum zwar gewährleistet, eine Enteignung kann nur zum Wohl der Allgemeinheit vorgenommen werden und nur gegen angemessene Entschädigung. Die Einzelheiten können aber durch einfaches Reichsgesetz bestimmt werden, insbesondere auch der Ausschluß des Rechtsweges. Es ist also nicht etwa eine verfassungsänderndes Reichsgesetz notwendig.

Bei der juristischen Betrachtung der Abfindungsfragen wird die Entscheidung im einzelnen Fall sich sicherlich durch die Tatsache, daß man zu den verschiedenen Zeiten mit den gleichen Ausdrücken einen ganz verschiedenen Rechtsinhalt verbunden hat. Das Äußerste: lassen dieses Unfundes nimmt; 3. B. im September 1924 dem Preußischen Landtag (Drucksache 8043) zugegangenen Zeitschrift „zur Frage der Fürstenhausauseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und den vormals regierenden Königshaus" einen erheblichen Teil ihrer Beweiskraft. Das preußische Finanzministerium operierte in dieser Denkschrift mit den Begriffen „König" und „Staat" für die Zeit vor und nach den Freiheitskriegen in dem Sinne, der mit diesen Ausdrücken Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts verbunden wurde. So kam das Finanzministerium dazu, gewisse Vorschriften des Preußischen Allgemeinen Landrechts (I, 1, 14 §§ 11, 12), in denen das Eigentum an den Domänen dem Staat, die ausschließliche Benutzung dem Oberhaupt desselben zuweisen wird, zum Ausgangspunkt einer Scheidung zwischen dem dem Staat gehörenden Kammervermögen und dem Privatvermögen des königlichen Hauses zu machen. Aus diesen Vorschriften des ALR. läßt sich aber keine sichere Grundlage ableiten: denn auch unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. und jedenfalls bis zu der Kabinettsordre vom 17. Januar 1820 galt der angeblich von Ludwig XIV. aufgestellte Grundsatz „L'Etat c'est moi" in Wahrheit auch in Preußen wie in den übrigen Monarchien Deutschlands bis zur Einführung der Staatsverfassungen. Daß die oben angeführten Vorschriften des ALR. nicht den Sinn hatten, die Domänen als reines Staatseigentum auszuerkennen, ergibt gerade die Auseinandersetzungsverordnung vom 17. Januar 1820, auf der die ihrer Rechtsnatur nach besonders umstrittene Kronfideikommißrente von 2½ Millionen Talern, die Grundlage der Zivilliste, beruht. Sie stellte eine Gegenleistung dar für die Ueberlassung der bisherigen, nach dem Wert und Vermehrung in das Belieben des Königs gestellten Einkünfte aus den Domänen und ist auf die letztere bezogen. Daß aber damals das Eigentum des Staates an den Domänen in keinem Gegensatz gestanden zu seinem Eigentum an dem Privatgutsteil, so hatte man die Kronfideikommißrente über das allgemeine Eigentum hinaus zahlen müssen, nicht aber realsatirtig auf die Domänen anweisen und — wie dies bis zur erneuerten Verfassung von 1850 geschah — in deren Zonderetat als Debetposten buchen dürfen.

Die Unsicherheit der Entscheidung, welche Stücke des Gesamtvermögens reines Staatsgut und welche reines Privatgeschäft sind, erschwert die Verhandlungen. Zahlreiche Stücke aus dem Gesamtvermögen des Hauses Hohenzollern, das bei den Verhandlungen über die Abfindung der Fürstenhäuser, in zahlreiche Prozesse derwickelt wurden, die bereits bis zum Reichsgericht war, weil sie meist in der Zeit vor Einführung der Verfassungen erworben sind, in der, wie oben dargelegt, zwischen der Betätigung des Fürsten als Vertreters des Staates, als Haupt der fürstlichen Familie und als reine Privatperson nicht unterschieden wurde. Diese unsichere Situation erklärt es, daß die beiden Streitteile: der zur Republik umgeschaffene Staat und das vormalige Fürstenhaus, in zahlreiche Prozesse derwickelt wurden, die bereits bis zum Reichsgericht war, weil sie meist in der Zeit vor Einführung der Verfassungen erworben sind, in der, wie oben dargelegt, zwischen der Betätigung des Fürsten als Vertreters des Staates, als Haupt der fürstlichen Familie und als reine Privatperson nicht unterschieden wurde. Diese unsichere Situation erklärt es, daß die beiden Streitteile: der zur Republik umgeschaffene Staat und das vormalige Fürstenhaus, in zahlreiche Prozesse derwickelt wurden, die bereits bis zum Reichsgericht war, weil sie meist in der Zeit vor Einführung der Verfassungen erworben sind, in der, wie oben dargelegt, zwischen der Betätigung des Fürsten als Vertreters des Staates, als Haupt der fürstlichen Familie und als reine Privatperson nicht unterschieden wurde. Diese unsichere Situation erklärt es, daß die beiden Streit